

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/4 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Postlohn 6 Sgr., in der Expedition, Lombstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Berathen oder nicht.

Wie unsern Lesern bekannt ist, haben wir uns dahin ausgesprochen, daß es richtiger wäre, wenn das in den nächsten Tagen zusammentretende Abgeordnetenhaus sich auf eine Berathung des ihm vorzulegenden Entwurfs des Staatshaushalts gar nicht einlasse, da voraussichtlich an eine Einigung mit der gegenwärtigen Regierung doch nicht zu denken sei. Auch andere Blätter der liberalen Partei und einzelne Mitglieder des Hauses selbst haben in diesem Sinne geschrieben und gesprochen. Dagegen ist — gleichfalls aus der Mitte der Partei — Widerspruch erhoben worden und in einer kürzlich in Berlin abgehaltenen Verammlung einer Anzahl von Abgeordneten soll sich die Mehrzahl der Anwesenden für die Budgetberathung ausgesprochen haben.

Aus diesen Thatfachen glaubt die Reaction Kapital machen zu können und in ihren Blättern lesen wir einen Triumpfsartikel nach dem andern. Wer nichts als diese Artikel liest, sollte wirklich glauben, die Mitglieder der Fortschrittspartei seien so an einander gerathen, daß der Streit nur durch einen Vernichtungskampf ausgetragen werden könne. Die Freude darüber ist eben so groß, als sie kurz sein wird. Wir gönnen sie der Kreuzzeitungspartei von ganzem Herzen, denn sie hat einen Balsam nöthig für die tiefen Wunden, welche ihr durch den vor kurzem ausgesprochenen bitteren Kampf zwischen dem Hrn. von Gerlach und dem Abgeordneten Wagener geschlagen wurden. Für die Kreuzzeitungspartei ist ein solcher Streit allerdings sehr empfindlich. Sie steht und fällt mit dem Sage Stahl's: „Autorität, nicht Majorität!“ (Ansehen, nicht Mehrheit!)

Welchen also einzelne Mitglieder dieser Partei in ihren Ansichten von einander ab, so muß jeder suchen eine größere Autorität, ein größeres Ansehen als der andere zu gewinnen. Durch seine Gründe die Mehrheit der Partei auf seine Seite zu bringen, nützt ihm nichts, da ja das Wesen der Partei in der Nichtanerkennung der Mehrheit besteht. Deshalb muß jede Meinungsverschiedenheit unter den Führern der Kreuzzeitungspartei in einen persönlichen Streit ausarten

und daher ist es auch gekommen, daß Herr Wagener in seinem Streite mit Hrn. von Gerlach zu verfehlen gab, man müsse diesen als einen toben Mann betrachten.

Jetzt man nun noch die Schwäche der ganzen Partei in Betracht, so begreift es sich, wie empfindlich derartige Streitigkeiten für dieselbe sein müssen. Eine Spaltung kann die Partei ja gar nicht vertragen, sonst läme es ja bald dahin, daß jedes Mitglied eine Partei für sich allein bildet.

Weil es nun so böse mit dieser Partei aussieht, so kann man es ihr nicht verdenken, wenn sie sich freut, daß es ihren Gegnern ebenso schlecht geht. Freilich hat sie in ihrer Freude aus der Mäule einen Elefanten gemacht. In der Fortschrittspartei besteht nämlich nicht, wie bei ihr, ein Streit über Grundsätze, sondern nur eine Meinungsverschiedenheit über den Weg, welcher in einem einzelnen bestimmten Fall zur Erreichung des von Allen erstrebten Zieles betreten werden soll. Außerdem ist die Fortschrittspartei noch dadurch im Vortheil, daß sie den Grundtag: die Mehrheit hat zu entscheiden, anerkennt. Deshalb werden die Meinungsverschiedenheiten bei ihr durch Gründe, nicht durch persönliche Kämpfe ausgetragen.

Wir haben unsere Ansicht, daß dieses Jahr das Staatshaushaltsjahr in anderer Weise als bisher behandelt werden solle, gewiß erst nach gründlicher Prüfung der ganzen Lage unseres Vaterlandes gewonnen. Nichts desto weniger werden wir uns sehr hüten, die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, wenn sie unserem Rathe nicht folgen sollte, als eine tobe und zu begrabende Partei zu bezeichnen. Wir und alle diejenigen Parteigenossen, welche unsere Ansicht theilen, werden nie vergessen, daß der Befehlshaber, welchem die ganze Partei in dem gemeinsamen Kampfe zu folgen hat, kein anderer ist als eben die Mehrheit der Erwählten des Volkes. Unter diesem gemeinsamen Zeichen müssen alle Streiter für die Volkssache kämpfen. Von ihrer Ausdauer und Einigkeit hängt der künftige Sieg ab. — Berathen oder nicht Berathen ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem eigentlichen Palladium, dem Siegespreis, um welchen die ganze liberale Partei vereint kämpft und

auch in Zukunft zu streiten hat. Dieses Palladium aller Volkserichte ist:

Das Geldbewilligungsrecht der Volksvertretung.

Politische Wochenplan.

Preußen. Von den Vorlagen, welche die Regierung dem in wenigen Tagen zusammentretenden Landtage machen wird, verläutet bis jetzt noch nichts genaueres weiter, als daß die Regierung das Budget vorlegen wird. Daß sich dasselbe nicht wesentlich von den Budgetvorlagen der letzten Jahre unterscheiden wird, steht fest. Man spricht außerdem davon, daß die Regierung eine Anleihe zum Zwecke der Erweiterung der Marine fordern werde. Auch die Vorlage eines Koalitionsgesetzes erwartet man, aber da nicht vorauszu-
sehen ist, daß die Regierung dieses Gesetz so einrichten wird, wie es die Grundsätze richtiger Volkswirtschaft verlangen, so darf man auch darauf nicht allzu große Hoffnungen setzen. Ueber den Umstand, daß die allgemein ersehnte Vorlage wegen Aufhebung der Wuchergesetze nicht zu erwarten ist, sprechen wir in einem besonderen Artikel dieser Nummer.

Die Thronrede soll, wie man hier hört, rein formell gehalten sein. Mit dieser Nachricht schwinde natürlich die Hoffnung aller derer, welche glauben, die Regierung werde noch in der letzten Session des jetzigen Abgeordnetenhauses verjüngen, durch ein Eingehen auf die Wünsche und Forderungen der Majorität des Abgeordnetenhauses, eine Beilegung des Konfliktes herbeizuführen. Wäre so etwas beabsichtigt, so würde die Thronrede unweifelhaft Andeutungen darüber enthalten.

Man erinnert sich, daß die offiziellen Schreiber fortwährend darauf aufmerksam machten, wie reichliche Geldmittel bei der Regierung vorhanden seien, wie sie, so zu sagen, im Ueberflusse schwämme. Damit stimmt sehr schlecht die Nachricht überein, daß der Kronschatzkammer hier in Berlin alle von ihm auf Hypotheken ausliegenden Gelder gefündigt hat. Wie man sagt, beläuft sich die Summe auf mehr als 2 Mill. Thaler.

Wir haben in unserer vorigen Nummer den Umstand berichtet, daß der Abgeordnete des zweiten Berliner Wahlkreises, Dr. Johann Jacoby, wahrscheinlich verhindert sein wird, den ersten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beizuwohnen. Wir hatten damals das Ende seiner Haft auf den 26. Februar d. J. angegeben. Das ist ein Irrthum. Jacoby ist am 26. August ins Gefängniß gegangen und endet seine sechsmonatliche Haft, da jeder Monat nur zu dreißig Tagen gerechnet wird, schon am 22. Februar. An diesem Tage muß er also entlassen werden. Es ist nun aber während der Zeit seiner Haft ein zweites Urtheil, welches auf vierzehn Tage Gefängniß lautet, gegen ihn rechtskräftig geworden, und es wird nun behauptet, Jacoby müsse auch diese Strafe folgen abthun. Wir haben hervor, daß durch die nicht ganz klare Fassung des Art. 84 der Verfassung es zweifelhaft ist, ob die Regierung einem Antrage des Hauses auf Freilassung Jacoby's schon während der Dauer der ersten Haft Folge geben muß, aber was die zweite Straffast betrifft, so kann die Regierung dieselbe nur dann anordnen, wenn das Abgeordnetenhause ausdrücklich seine Genehmigung zu der Verhaftung Jacoby's giebt. Es greift in diesem Falle ganz unweifelhaft der Wortlaut des Art. 84 der Verfassung Platz, daß kein Mitglied einer Kammer ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung verhaftet werden könne. Die Verhaftung zur Strafabhängung legt aber vor am 22. Februar in der Stunde, wo Jacoby, nach abgeübter Strafe wegen Majestätsbelei-

bigung, zu entlassen ist. Er wird aufs Neue der Freiheit und damit seiner Wirksamkeit als Mitglied der Landesvertretung entzogen — ob er zufällig sich schon innerhalb der Mauern des Gefängnisses befindet, während man mit der Vollziehung der neuen Strafe gegen ihn vorgeht, kann in der Sache nicht den geringsten Unterschied machen. Auch diejenigen also, welche es bezweifeln, ob die Unterbrechung einer schon angetretenen Strafe Seitens des Hauses verlangt werden kann, werden zugeben müssen, daß vor der neuen Strafvollstreckung am 22. Februar die Regierung gehalten ist, die Genehmigung des Hauses nachzuholen.

Oesterreich. Man macht in Wien ganz ernstlich Anstrengungen, sich der Welt gegenüber als liberal zu zeigen. So ist in der letzten Woche eine Amnestie für die Venetianer und ein Statut für das Königreich Venedig erschienen. Welches der Inhalt des Statuts ist, darüber verläutet noch nichts, aber man glaubt, daß durch dasselbe den Venetienern eine Landesvertretung bewilligt werden soll. Es wird dieses Statut vielfach als eine Folge des französisch-österreichischen Bündnisses, von welchem jetzt so viel die Rede ist, angesehen. Oesterreich bewilligt den Venetienern ein gewisses Maas der Freiheit, um dadurch Frankreich die Möglichkeit zu gewähren, bei einem etwaigen Angriff Italiens auf Oesterreich befehle Befreiung Venetien's, diesem seine Unterstützung zu verweigern. Ob es dadurch seinen Bestand in Italien dauernd sichern wird, scheint uns zweifelhaft. — Die Frage der Ausöhnung mit Ungarn ist noch immer auf dem alten Fiede; trotz aller offiziellen Versicherungen des Gegentheils können wir doch die Vermuthung nicht unterdrücken, daß die Sache schließlich an der Finanzfrage scheitern wird. Zwar ist das neue österreichische Budget so abgefaßt, daß man daraus auf eine bedeutende Besserung der Finanzlage schließen könnte, aber Kenner solcher Sachen meinen, das wirkliche Resultat werde von der Vorlage sehr bedeutend abweichen. Immerhin ist aber der gute Wille, der sich bei allen Gelegenheiten zeigt, sehr anzuerkennen, und gehört es nicht zu den Unmöglichkeiten, daß der Erfolg die wiederholten ernstlich gemeinten Anstrengungen zur Herbeiführung besserer Zustände frucht.

Spanien. In Spanien ist ein Aufstand ausgebrochen, über welchen wir hier eine kurze Skizze folgen lassen. Wir bemerken aber dabei, daß alle Nachrichten mit der größten Vorsicht aufzunehmen sind, da man besonders in Paris das größte Interesse zeigt, diesen Aufstand als ganz unbedeutend darzustellen. Es ist sehr wohl möglich, daß die Nachrichten, welche wir über acht Tage unzeren Lesern mittheilen, ganz anders lauten werden. Schon jetzt wirft die Nachricht, daß Barcelona unruhig ist, ein scharfes Licht auf alle Nachrichten, welche den Stempel der Regierung tragen.

Der Aufstand, welcher von dem General Prim geleitet wird, war nach allen früheren Nachrichten in der allgemeinen Stimmung und Lage begründet. Es herrschte allgemeine Unruhe und Gährung, nur unterbrochen durch die Lobgesänge der offiziellen Presse auf die „Nulie im Königreiche“. — Da plötzlich slog am 3. d. M. Morgens 9 Uhr mit Blüheschnele durch Madrid die Kunde, zwei Reiterregimenter, das eine in Aranjuez, das andere in O'anna, hätten sich in verwichener Nacht empört und seien ohne ihre Obersten, Oberstleutenants und einem Theil der andern Offiziere ausgerückt, man wisse nicht wohin. Einige Stunden später ward diese Nachricht vom Ministerium bestätigt, und nun fanden die übertrieblichen Gerichte gläubige Ohren, es hieß: diese Regimenter seien im Anmarsche auf Madrid; die Besatzung von Alcalá habe mit ihnen sich bereits vereinigt, die von Saragossa, Barcelona und Valladolid hätten sich gleichfalls erhoben,

mehrere Generale säßen an der Spitze und auch der Madrider Garnison werde stark mitraut. So war es 4 Uhr geworden, als General Zabala mit einer Kolonne von vier Bataillonen, vier Schwadronen und zwei Batterien von Madrid gegen die Auffständigen abzog, während eine stärkere Kolonne unter Ferrero zum Nachschub gebildet ward. Sämmtliche zu Madrid in der Dispositionallist befindlichen Generale wurden sofort am 3ten ins Kriegsministerium befohlen: Prim fehlte. Indeß war ebenfalls die Schloßwache verläßt worden. O'Donnell eilte von Kaserne zu Kaserne und überall wurde der Ruf erlanzt: „Es lebe die Königin!“ Im Kongresse gab Posada Herrera Mitteilung von dem Aufstande zweier Regimenter mit dem Zusatze, die Regierung „rechne“ auf rasche Unterdrückung. Die Regierung traf indeß Vorkehrung, um in der Hauptstadt bei der leichten Gefahr das Ständrecht zu vertheidigen. Die „Insurgenten“ standen, wie man in Madrid Abends erfuhr, am Morgen des 3ten in Arganda, vier Meilen von der Hauptstadt. Die Madrider Garnison besteht aus 6000 Mann Militärtruppen. — Mit der Ausführung der Beschlüsse der Versammlungen am 3ten erfolgte schon die Proklamirung des Ständrechts, die Schließung aller Vereine und die einstweilige Unterdrückung aller Oppositionsblätter; die Theater dagegen blieben noch offen. Als am 3ten der Minister des Innern in der Kammer die Insurgenten als „Racine“ bezeichnet, rief der Fortschrittswann Segnera dort den Minister zu, er möge doch nicht vergessen, daß er, jetzt Minister des Innern, im Jahre 1854 ganz genau durch dieselben Mittel sich zur Macht aufgeschwungen, und daß die Egreßigen von heute es nur machen, wie es ihnen so oft vorgekommen worden sei. Die Thatsache ist richtig, aber die jetzt im Kabinete sitzenden Empörer von 1854 wollten bloß einen Sturz der Regierung, während die jetzige Bewegung direkt auf den Sturz der Königin Isabella II. selbst losgeht. — Prim, ein energischer, tüchtiger und unternehmender Mann, soll die Absicht haben, sich zum „Regenten“ proklamiren zu lassen. — Die amtlichen Nachrichten aus Madrid können wir vollständig unberücksichtigt lassen, da sie den gewöhnlichen offiziellen Schnitt tragen. Diesen Angaben zufolge müßte eigentlich schon jetzt Alles vorbei sein. Wie lächerlich die offiziellen Bulletins abgefaßt sind, geht daraus hervor, daß dieselben regelmäßig mit der Frage schließen, daß Alles aus sei. So schließt das Telegramm vom 6. Januar: Die aufständische Bewegung findet nirgends Anhang, und die vollständige Ruhe herrscht in Madrid und in den Provinzen“; und das Telegramm vom 7. Januar: „In allen Provinzen herrscht vollkommen Ruhe. General Prim irt in der Mancha umher. Niemand zweifelt daran, daß der Aufstand schnell erstickt werden wird.“ Das Telegramm vom 8ten spricht nicht mehr von „vollkommener Ruhe“, sondern sagt nur kurz, daß die Nachrichten „günstig“ lauten. Nach dem vorliegenden Telegramm sollte Prim zuerst in den Bergen von Guenoa, also im Quellgebiet des Eucar, an der Nordseite von Neucastilien, sich konzentriren wollen; jetzt läßt man ihn sich „auf Andalusien oder in die Berge von Toledo“ werfen. Die Berge von Toledo liegen auf der Südwestseite von Neucastilien zwischen Tajo und Guadiana. Die insurgirte Besatzung von Avila hatte die Festung Zamora am Douro in Besitz nehmen sollen, fand jedoch die dortige Besatzung nicht gewillt, sie einzulassen, und stüßte sich jetzt auf die portugiesische Grenze. Dieser Umstand ist so fern wichtig, als schon lange der Plan besteht, die ganze Halbinsel zu einem Reiche unter dem Scepter des Königs von Portugal zu vereinigen. Gelingt es Prim, Andalusien zu erreichen, so ist sein Sieg fast gewiß, da die ganze Bevölkerung dieses Königreichs nur auf das Signal zum Aufstande wartet.

Amerika. Die Beseitigung der Mißstände, welche der langjährige Bürgerkrieg zurückgelassen hat, schießt sehr schnell vorwärts. Vor allem richtet die Regierung ihre Aufmerksamkeit auf Herstellung der Ordnung in den Finanzen. Die Ausgaben für das Heer sind durch sehr bedeutende Entlassungen der Truppen und durch Aufhebenstellen einer großen Anzahl von Schiffen auf ein Minimum herabgesetzt, so daß schon jetzt ein sehr bedeutender Theil der Einnahmen auf die Tilgung der Schuld verwendet werden kann. Wenn kein Hörender Zwischenfall eintritt, so wird die große Schuld von fast 4000 Millionen Thalern, welche die Vereinigten Staaten zur Führung des Krieges aufgenommen hat, schon vor Ablauf dieses Jahrhunderts getilgt sein.

Dabei ist freilich vorausgesetzt, daß die mexikanischen Angelegenheiten sich ordnen, ohne daß die Vereinigten Staaten einzuschreiten brauchen. Es ist dies aber auch sehr wahrscheinlich, denn der Kaiser Napoleon scheint seine Neigung zu haben, zur Erhaltung des Kaiserthums in Mexiko sich in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten einzulassen. Er wird daher voraussichtlich sehr bald seine Truppen aus Mexiko zurückziehen, und den Kaiser Max seinem Schicksal überlassen.

Sehr erfreulich ist es, wie jetzt in Washington die deutsche Sprache zur Geltung kommt. Im Kongreß ist beantragt worden, den Kriegsbericht Grants auch in deutscher Sprache drucken zu lassen, und ein Antrag, die Veröffentl. des Präsidenten auch deutsch drucken zu lassen, welcher mit Hinweisung auf den Patriotismus der Deutschen in Amerika gestellt worden, wurde ohne Debatte angenommen.

Beß' Brod ich esse, Beß' Lob ich singe.

Mit obigen Artikel, wenn auch nicht schönen Sprache und nicht mit den Worten „Heer und Politik“ hätte billiger Weise der so bezeichnete Artikel in Nr. 51 der Prov. Corr. überscriben werden sollen.

Der Artikel beginnt damit, „die Thakraft und Geheißlichkeit“ der Regierung in der auswärtigen Politik zu preisen, behauptet ganz ungenet, daß das preussische Volk dies fast ausnahmslos anerkenne und schließt natürlich auf der Erklärung, daß die Armeeorganisation unverändert aufrecht erhalten werden müsse. — Auf letzteren Punkt wollen wir uns heute nicht weiter einlassen. Wir haben oft genug überzeugend nachgewiesen, daß unser Heer durch die sogenannte Reorganisation nicht stärker geworden ist, als es vorher war. Wie steht es aber mit den Erfolgen in der auswärtigen Politik?

Die Prov. Corr. sagt: „die ernsten und aufrichtigen Politiker aller Parteien stimmen darin überein, daß das Abkommen von Gastein ein bedeutender Schritt vorwärts ist auf dem Wege zur vollständigen Erreichung der Ziele unserer Schleswig-Holsteinischen Politik.“

Welches Ziel die Regierung in dieser Frage verfolge, darüber spricht sich das Regierungsblatt nicht aus. Auch wir sind außer Stande, es zu errathen, denn in unserer früheren Voraussetzung, daß sie Schleswig-Holstein für Preußen erwerben wolle, darin scheinen wir uns getäuscht zu haben. Wenigstens sind die Maßregeln des Gouvernements von Schweden derartige, daß sie sich mit einer solchen Absicht nicht in Einklang bringen lassen. Schon die Theilung beider Provinzen unter Preußen und Oesterreich spricht dagegen. — Was war denn der Grund der langjährigen Streitigkeiten und des endlichen Krieges mit Dänemark? Die Absicht der Dänen: Schleswig von Holstein zu trennen und in Dänemark einzuverleiben. Wenigstens bei unserer Regierung, welche das Erbrecht des Herzogs von Augustenborg nicht

anerkannte, war dies der einzige Grund. — Es ist also in Folge des Gasteiner Vertrages gerade das geschehen, was durch einen blutigen Krieg verhindert werden sollte. Außerdem hätte man doch denken sollen, daß unsere Regierung, wenn sie eine Anektirung der Herzogthümer im Auge hätte, es sich aneignen ließe lassen würde, sich wenigstens in Schleswig, ihrem Verwaltungsbereich, die Vereinigung von dessen Bewohnern zu erhalten oder zu erwerben und daher einen gewandten, liebenswürdigen Gouverneur hin senden werde. Was ist geschehen? Es kam nach Schleswig ein General, dem zwar kein kriegerischer, wohl aber der Ruf voranging, daß er der Miturheber der in Preußen nicht eben beliebten Armeeorganisation sei. Als er ankam, war es sein erstes Geschäft, mehrere große, oder wenigstens lange Reden zu halten, von denen er selbst mit selbstiger Offenheit eingestand, daß es erste Versuche in dieser für ihn ganz neuen Thätigkeit des menschlichen Geistes wären. Solche erste Versuche in der Beredsamkeit pflegt man im parlamentarischen Leben „Jungfernreden“ zu nennen und sie müßte zu beurtheilen. Folgen wir diesem wohlwollenden Brauche und unterlassen wir daher die Kritik dieser Reden. Daß sie nicht eben geeignet waren, die Herzen der Schleswiger zu gewinnen, wird obendrein Jeder zugestehen.

Leider scheinen uns aber die Regierungshandlungen des neuen Gouverneurs von Schleswig noch weniger als seine Reden geeignet, die Gemüther der Schleswiger günstig für Preußen zu stimmen.

Er hat die bestehenden politischen Vereine zum großen Theil aufgelöst und neuerdings sogar das Petitionsrecht denselben Beschränkungen unterworfen, welchen es unter Dänemarks Herrschaft unterlag. Durch solche Maßregeln kann die Regierung allerdings eins erreichen: nämlich, daß sich allmählig die im Lande herrschende Unzufriedenheit ihrer Kenntniß entzieht. Die Unzufriedenheit selbst aber wird dadurch niemals beseitigt, sie greift vielmehr im Stillen weiter um sich. Davon sollte sich doch die Regierung durch die allerjüngste Vergangenheit überzeugt haben. Was haben der dänischen Regierung dieselben Verordnungen genützt, welche Herr von Manteuffel jetzt erneuert hat? — Sie haben ihr nur den Haß der Landeseinwohner und die Mißbilligung der civilisirten Welt zugezogen.

Daß aber überhaupt zu solchen Entfällen eine Nothigung da war, diese Thatfache allein spricht schon gegen die großen Erfolge der Regierung in der Herzogthümerfrage. In seiner allerersten Bekanntmachung sagt der Gouverneur, er habe das Verbot erlassen, um politische Agitationen zu verhindern. Also, nachdem so viele brave preussische Landesfinder ihr Blut für die Herzogthümer vergossen haben, sind wir noch nicht einmal so weit gekommen, den politischen Agitationen seiner Bewohner ruhig zusehen zu können! Freilich hat ein der Regierung freundschaftliches Blatt, die „Nordb. Allgem. Zeitung“ gesagt: Preußen sei in Folge des Gasteiner Vertrages in einer günstigen Lage, weil es warten könne. Wir gestehen aufrichtig, daß wir den Sinn dieses Anspruchs nicht verstehen. Worauf können wir denn warten? Die immer stärker werdenden Maßregeln des Schleswigschen Gouvernements weisen darauf hin, daß, je länger der provisorische Zustand in den Herzogthümern dauert, sich die Sympathien für unsere Regierung immer mehr vermindern. Worin bestehen also die gerühmten Erfolge der auswärtigen Politik des Ministeriums Bismarck?

LC. Warum werden die Wucherergesetze nicht aufgehoben?

Die Hoffnung, daß die Regierung endlich an eine Aufhebung der Wucherergesetze denkt und den Versuch machen werde, das Herrenhaus zur Annahme des betreffenden Gesetzes zu bewegen, hat wieder einmal getäuscht. Die Regierung hatte beabsichtigt, und darauf gründete sich die Hoffnung, im Lauf des vorigen Jahres von verschiedenen Seiten, und darunter auch von den über das ganze Land verbreiteten landwirtschaftlichen Vereinen, Gutachten über den Werth resp. Umwirth der Wucherergesetze eingeholt. Die Mehrzahl der Vereine hat den Anforderungen der Wissenschaft, wie ihrer eigenen Erfahrung Rechnung getragen und sich für die Aufhebung dieser Gesetze ausgesprochen. In einigen wenigen hat man sich von dem alten Irrthum, als sei es überhaupt möglich, den Preis des Geldes gleichmäßig zu reguliren, nicht frei machen können, und hat sich gegen die Aufhebung der Wucherergesetze ausgesprochen. Diese wenigen Stimmen, die aber in Kreisen maßgebend sind, die bei der eigenthümlichen Zusammenlegung des Herrenhauses doch dort den Ausschlag geben, haben das Ministerium, wie man sagt, bestimmt, dem Landtage keine Vorlage wegen Aufhebung der Wucherergesetze zu machen. Wir halten es für unnöthig, noch einmal hier die wirtschaftliche Schädlichkeit der Wucherergesetze auseinander zu setzen, oder darauf hinzuweisen, wie sehr, nachdem durch das Handelsgesetzbuch für den kaufmännischen Verkehr die Zinsbeschränkungen vollständig gefallen sind, es vorzugsweise der Stand der Grundbesitzer ist, welcher unter dem Druck der Wucherergesetze leidet. Man hätte nun glauben sollen, daß gerade in diesem Stande keine große Opposition gegen die Aufhebung dieser Gesetze stattfinden, und man hätte besonders erwarten sollen, daß die Geldverhältnisse der letzten Monate eine heilsame Lehre in dieser Beziehung sein würden. Daß dem nicht so war, daß dieser Uebelreife einer längst aufgegebenen wirtschaftlichen Anschauung bei uns noch immer forteristiren kann, dafür haben wir den Grund in der Haltung der preussischen Bank zu suchen, welche die Bestimmung über die Lombard-Darlehen, nach welcher Kaufleute solche Darlehen nur, der Lage des Geldmarktes angemessen, zu $\frac{1}{2}$ Proz., Nichtkaufleute dagegen, mit Rücksicht auf die Wucherergesetze, zu 6 Proz. erhalten sollen, in der Praxis so zur Ausführung gebracht zu haben scheint, daß sie wirklich Nichtkaufleuten Geld zu 6 Proz. gegeben hat. Man hätte allgemein angenommen, daß dies nicht der Fall sein würde, da man doch nicht glauben konnte, die Bank werde an Nichtkaufleute Geld zu einem billigeren Zinse geben, als an andere Personen. Da dies doch geschehen ist, so waren auch die Grundbesitzer, Dank den Wucherergesetzen, in der Lage, sich Geld unter dem marktängigen Preise zu verschaffen, und man wird es erklärlich finden, daß sie nicht für die Aufhebung solcher Gesetze schwärmen. Die Sache kann sich jedoch sehr bald ändern. Die Folgen dieses Verfahrens haben sich in den Klassen der Bank bemerkbar gemacht, und die Verwaltung hat sich genöthigt gesehen, eine große Anzahl solcher zu 6 Proz. begebenen Lombard-Darlehen zu kündigen. Offenlich bleibt diese Kündigung nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern sie trifft alle Schuldner der Bank gleichmäßig, also auch die großen Grundbesitzer auf dem Lande. Dann wird es, davon sind wir überzeugt, den Grundbesitzern sehr schwer werden, Geld zu bekommen, sie müßten sich denn bequemen, außer dem marktängigen Zinse auch noch eine Prämie für die Strafe, welche den Darleher möglicher Weise wegen Verletzung der Wucherergesetze treffen könnte, zu bezahlen. Vielleicht überzeugt sie das dann endlich von der Schädlichkeit der Wucherergesetze.